

Anfragen zum Plenum

in der 46. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Renate Ackermann
(GRU)

Angesichts der Tatsache, dass der Freistaat Betriebskostenzuschüsse für Kinderkrippen durch den Bund im Rahmen des Sonderprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung (2009 100 Millionen Euro bundesweit) erhält, die zusätzlich und vollständig an die Kommunen weiterzuleiten sind, frage ich die Staatsregierung, mit welchem Mechanismus (z.B. das Finanzausgleichsgesetz) und in welcher Höhe die zusätzlichen Bundesmittel an die Kommunen zur Deckung der Betriebskosten für die Bildung und Betreuung von Kindern unter drei Jahren in den Jahren 2009 bis 2014 weitergeleitet werden?

Sepp Daxenberger
(GRU)

Vor dem Hintergrund, dass eine mir bekannte Firma durch Reimporte von in Deutschland hergestellten Medikamenten diese deutlich günstiger anbieten kann, als es die Hersteller selbst tun, frage ich die Staatsregierung, wie die Staatsregierung zu diesen Reimporten von Medikamenten steht, auf welchen Rechtsgrundlagen diese Reimporte geschehen und wie es möglich ist, dass die in Bayern ansässige Firma von jeder Medikamentencharge mit erheblichem finanziellem Aufwand eine Rückstellung für mehrere Jahre vorhalten muss, während Konkurrenzunternehmen in anderen Bundesländern dazu nicht verpflichtet sind?

Ulrike Gote
(GRU)

War in der Planfeststellung zur A73 im Abschnitt Lichtenfels-Ebersdorf bei Coburg und zur B289 neu (Lichtenfels-Untersiemau) die Aufbringung von Flüsterasphalt vorgesehen und wurde diese lärmindernde Straßenoberfläche baulich in Verbindung mit einem Tempolimit umgesetzt?

Eike Hallitzky
(GRU)

Nachdem der Ausbau der Staatsstraße 2132 zwischen Klingbrunn und Frauenau zu Mehrkosten in Höhe von 700.000 Euro geführt hat, frage ich die Staatsregierung, aus welchen einzelnen Kostensteigerungen sich der zusätzliche Mehraufwand für den Ausbau der Staatsstraße 2132 – und die damit verbundene Kostensteigerung von 3,2 auf 3,9 Millionen Euro – im Einzelnen zusammensetzt, welche jeweiligen Ursachen diesen zugrunde liegen und inwieweit diese zusätzlichen Kosten nicht zumindest zum Teil bereits bei der Planung des Bauvorhabens hätten vorhergesehen werden können?

Thomas Mütze
(GRU)

Unter dem Eindruck des Urteils des Verwaltungsgerichts Regensburg AZ: RN 8K 08.535 zum Maisanbauverbot in Überschwemmungsgebieten frage ich die Staatsregierung, wie die Landwirtschaftsverwaltung bei der Bewilligung von Ausgleichszahlungen für Maisanbauverbote in Überschwemmungsgebieten zukünftig verfährt?

Dr. Martin Runge
(GRU)

Wie begründet die Staatsregierung genau, dass die Auftragsvergabe für die Untersuchung zu den Anbindungsmöglichkeiten des Flughafens München II an die Landeshauptstadt bzw. an den Münchner Hauptbahnhof mit dem SPNV/ÖPNV oder mit dem ÖV generell erst kürzlich, also fast ein dreiviertel Jahr nach Verabschiedung vom Transrapid-Projekt und nach Ankündigung der Beauftragung eben einer solchen Untersuchung, erfolgt ist vor dem Hintergrund der Tatsachen, dass a) auch europaweite Ausschreibungs- und Vergabeverfahren nicht viele, viele Monate dauern müssen, b) es sich bei der nach Auffassung der Staatsregierung unzulänglichen Anbindung des Flughafens an die Landeshauptstadt bzw. an den Münchner Hauptbahnhof mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Einschätzung und Aussage der Staatsregierung um "eines der größten Verkehrsprobleme in Bayern" handelt und c) im Übrigen Untersuchungsaufträge zum Transrapid-Projekt freihändig ohne jeden Wettbewerb vergeben worden sind, obwohl diese in weiten Teilen von der Öffentlichen Hand (z.B. Flughafengesellschaft München und LfA Förderbank Bayern) finanziert worden sind?

Maria Scharfenberg
(GRU)

Unterstützt die Staatsregierung das Vorhaben der Stadt Regensburg, dem nicht unerheblichen LKW-Durchgangsverkehr mit einem Führungskonzept Einhalt zu gebieten, was ist ausschlaggebend für die schon lange andauernde Bearbeitung des entsprechenden Antrags der Stadt und wann ist mit einer möglichen Genehmigung durch das zuständige Ministerium zu rechnen, die Voraussetzung ist, damit dieses LKW-Führungskonzept auch in die Tat umgesetzt werden kann?

Franz Schindler
(SPD)

Wie beurteilt die Staatsregierung das Vorhaben des Verbandes Deutsche Nierenzentren e. V. mittels einer "DN Nephrologie-Service GmbH" eine Zentrale Beschaffungsstelle für dialysespezifische Medikamente mit dem Ziel aufzubauen, dass Dialysepatienten ihre Medikamente künftig nicht mehr in Apotheken, sondern verpflichtend von der Zentralen Beschaffungsstelle beziehen und sieht sie insbesondere im Hinblick auf die sich daraus für die betroffenen Apotheken ergebenden Konsequenzen eine Notwendigkeit und Möglichkeit, gegen das Vorhaben juristisch und/oder politisch zu intervenieren?

Adi Sprinkart
(GRU)

Mit welchen finanziellen Mitteln ist der Cluster Milch ausgestattet, welche konkreten Maßnahmen wurden bislang umgesetzt und ist ein Projekt zur Sicherung fairer Milchpreise für die Bauern in Arbeit?

- Christa Steiger**
(SPD) Wann beabsichtigt die Staatsregierung den 2. Bayerischen Sozialbericht dem Landtag vorzulegen, wird dieser Sozialbericht umfassend sein und welche Kapitel wird er enthalten oder ist es bereits, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, eine vereinfachte Form?
- Susanna Tausendfreund**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, ob ein zusätzlicher Halt der Bayerischen Oberlandbahn am S-Bahnhof Deisenhofen befürwortet wird, nachdem hiermit das Verkehrsangebot für die Nutzer des ÖPNV an diesem bereits jetzt gut frequentierten Bahnhof mit Verkehrsknotenfunktion (S 5, S 20, S 27) deutlich verbessert werden kann, wenn ja, welche Schritte zur Umsetzung dieses Anliegens wann eingeleitet werden und wenn nein, mit welchen Argumenten dies abgelehnt wird.
- Simone Tolle**
(GRU) Nachdem die Fraktionen der CSU und FDP im Bereich "Verkehr" die ihr wichtigen Straßenprojekte für die kommenden fünf Jahre im Koalitionsvertrag definiert haben, frage ich die Staatsregierung, welches Finanzvolumen die im Koalitionsvertrag unter der Überschrift "Straßenprojekte" aufgeführten Straßenbaumaßnahmen jeweils haben und für welche dieser Straßen bis zum Jahr 2013 Mittel (bitte die Höhe angeben) aus dem Finanzplan des Bundes zur Verfügung stehen?
- Hans Joachim Werner**
(SPD) Ist die neue Staatsregierung bereit, das bisherige Angebot einer finanziellen Förderung der Absiedlung für die Hochwasseropfer im Burgheimer Ortsteil Moos nochmals zu überprüfen und gegebenenfalls verbesserte Konditionen anzubieten, dabei insbesondere die Bereitstellung einer Teilfläche des staatlichen Versuchsguts in Straß – zu für die Gemeinde und die betroffenen Bürger annehmbaren Konditionen – zum Zweck der möglichst geschlossenen Absiedlung des gesamten Ortsteils in die Nachbarortschaft in Erwägung zu ziehen?
- Johanna Werner-Muggendorfer**
(SPD) Welche (Ausnahme-) Möglichkeiten bietet das bayerische Recht der Schülerbeförderung, die Kosten für die Fahrt zu einer weiter entfernten Schule beanspruchen zu können?